



Tiroler Naturschutz-Deklaration

Handlungsbedarf zur Stärkung des Naturschutzes in Tirol

Der Schutz von Lebensraum, Biodiversität und Klima muss global, national und insbesondere regional ernst genommen werden, um unsere gemeinsame Lebensgrundlage zu schützen. Die unterzeichnenden Natur- und Umweltorganisationen erachten es als dringend notwendig, dass auch in Tirol rasche und deutliche politische Schritte gesetzt werden, die eine solche Politik fördern und stärken. Denn in den letzten Jahren ist der Schutz von Natur und Landschaft in Tirol auf mehreren Ebenen vernachlässigt worden.

Überzogene Großprojekte, intransparente Entscheidungen zu Lasten der Natur und das Fehlen klarer Strukturen in der politischen Verantwortung haben dazu geführt, dass unser natürlicher Lebensraum weiterhin ungesichert und bedroht ist. Das muss sich dringend ändern!

Die unterzeichnenden Natur- und Umweltschutzorganisationen sehen für eine erfolgreiche politische Umsetzung auf der konkreten Ebene von Naturschutzmaßnahmen und -projekten in Tirol insbesondere die unten aufgelisteten Prioritäten. Unsere Kritik an der aktuellen Naturschutzpolitik gilt insbesondere den politischen Repräsentant*innen und nicht jenen, die sich seit vielen Jahren durch zahlreiche Initiativen und Projekte am Schutz und der aktiven Förderung der Naturschätze Tirols beteiligen - seien es engagierte Vereine, Verbände und Einzelpersonen oder Vertreter*innen des amtlichen Naturschutzes.

Das vorliegende Papier ist im Zuge der Diskussionen über einen „Neustart Naturschutz“ im Juni 2020 entstanden. Bereits damals wurden die Inhalte dieses Papieres an die Regierungsspitze des Landes Tirol herangetragen. Leider gibt es seit damals in keinem der Punkte Verbesserungen. Im Gegenteil: Der überzogene Ausbau der Wasserkraft wurde vorangetrieben, weitere unerschlossene Schiräume verbaut und keine strukturellen Verbesserungen des Naturschutzes eingeleitet. Darüber hinaus wurden wichtige Hinweise und Vorschläge der Natur- und Umweltorganisationen ignoriert, verzögert oder abgewiesen, etwa

- der Vorschlag über ein fachlich fundiertes Schutzgebiet im Isel-Einzugsgebiet und eine Studie über die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gewässer in Osttirol
- die (Wieder-) Herstellung des ausnahmslosen Gletscherschutzes
- nachhaltige Konzepte in der Landwirtschaft zum Schutz der Biodiversität.

Es herrscht Stillstand im Tiroler Naturschutz.

Aus Sicht der Natur- und Umweltorganisationen ist es höchste Zeit, die nationalen und internationalen Verpflichtungen für den Natur- und Artenschutz endlich ernst zu nehmen und die so oft versprochene Trendwende endlich mit Nachdruck einzuleiten.

1. Strukturelle Rahmenbedingungen verbessern

- **Naturschutz als Querschnittsthema etablieren:** Strategische Einbeziehung von Naturschutz in andere Fachbereiche wie Raumordnung, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Tourismus. Dies ist vor allem im Rahmen des Konjunkturpakets 2021 frühzeitig sicherzustellen.
- **Klarheit bei Kompetenzverteilung schaffen:** Die Ressortverteilung in Sachen Naturschutz und Wasserwirtschaft gehört dringend bereinigt: Natur- und Gewässerschutz müssen in eine politische Hand, die diesen Anliegen verpflichtet ist und keine Klientelpolitik für die Energiebranche betreibt.
- **Weisungen zulasten der Natur ein Ende setzen:** Politische Einflussnahmen in Sachen Naturschutz zu Lasten der Natur müssen ein Ende haben. Unrühmliche Beispiele sind das Kraftwerk Lesachbach oder auch das intransparente Vorgehen bei der Entscheidungsfindung rund um die Genehmigung des Kraftwerkes Tumpen-Habichen.
- **Den Naturschutzfonds wiederherstellen:** Die Beschneidung der Mittel des einzigen Finanzierungsinstrumentes für den Naturschutz war ein großer Fehler und muss umgehend korrigiert werden, damit ausreichend Mittel – gerade auch in Krisenzeiten – vorhanden sind und nicht von der budgetären Situation abhängen.
- **Öffentlichkeitsbeteiligung und faire Verfahren gemäß Aarhus-Konvention sichern:** Kein Bau von strittigen Vorhaben, bevor nicht alle offenen Rechtsfragen geklärt sind. Gewährung der Beteiligungs- und Kontrollrechte in artenschutzrechtlichen Entscheidungen sicherstellen (siehe geplante Wolfsabschüsse)
- **Ruhegebietsschutz wiederherstellen:** im Zuge der Ausbaupläne für die TIWAG – Kraftwerke (vor allem Kaunertal, Kühtai) hat die Politik das Tiroler Naturschutzgesetz so abgeändert, dass der Schutz von Ruhegebieten geschwächt wurde. Diese Bestimmungen öffnen potenziell Tür und Tor für weitere Aufweichungen und müssen daher rasch wieder zurückgenommen werden.

2. Schutz der Tiroler Biodiversität sicherstellen:

- Schutz und Wiederherstellung der **Tiroler Gewässer** verstärken: Dauerhafte Unterschutzstellung der Tabustrecken des gesamten Inngbietes und der freien Fließstrecke des Inns von Imst bis Kirchbichl (ohne Ablaufdatum) im Tiroler Naturschutzgesetz; Ökologischen Hochwasserschutz in der Praxis leben (Negativbeispiel Milser Au); Ausweisung des gesamten Isellflussgebietes nach Vorbild Lech als Natura 2000 und Naturschutzgebiet; Unsere Flüsse brauchen mehr Platz: nach dem Vorbild Lech sollten auch entsprechend große Projekte am Inn und an anderen Gewässern umgesetzt werden.
- Überzogene **Wasserkraft-Ausbaupläne** stoppen: Viele Anlagen werden auch heute noch in ökologisch sehr guten Gewässerabschnitten geplant. Obwohl das Land einen Kriterienkatalog Wasserkraft erstellt hat, geht der Naturverbrauch ohne Einschränkungen weiter. Nicht empfohlene Wasserkraftwerke müssen in Zukunft auch abgelehnt werden.
- **Gletscherschutz ohne Ausnahmen** schaffen: Das Land muss sich zum bedingungslosen Schutz der Gletscher bekennen und die „Seele der Alpen“ schützen. Wiederherstellung des rechtlichen Status vor dem Jahr 2005 durch Rücknahme der Ausnahmen im Gletscherschutz.
- **Sicherstellen einer nachhaltigen Landwirtschaft:** Tirol muss die letzte Chance nutzen, um den Artenverlust in noch extensiv bewirtschafteten Regionen aufzuhalten. Dazu braucht es ein Steuerungsgremium der Interessensvertreter, in dem quantitative Ziele, ein konkreter Zeitplan und Maßnahmen gemeinsam festgelegt werden. Ein erster Schritt ist die Ausarbeitung eines Wiesenbrüter-Aktionsplans.